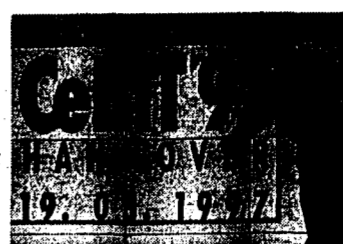




# Volksblatt

Amtliches Publikationsorgan ■ 119. Jahrgang, Nr. 60

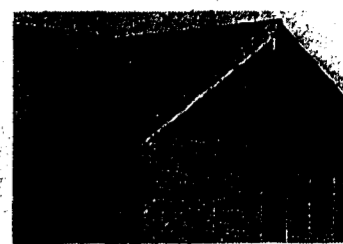
Redaktion und Verlag: Feldkircher Str. 5, 9494 Schaan, Telefon (075) 237 51 51 · Fax Redaktion/Verlag (075) 237 51 55 · Fax Inserate (075) 237 51 66  
Telefon Sportredaktion (075) 237 51 71  
E-Mail-Adresse / flvobla@flvobla.LOL.li · Internet-Adresse: http://www.lol.li/Volksblatt



## COMPUTER-EXTRA

### Cebit 97 ist eröffnet

In diesem Jahr wartet die Messe in Hannover mit der Rekordzahl von 6855 Ausstellern aus 59 Ländern auf. Seite 17



## EXCLUSIV

### Holz als attraktiver Baustoff

Holz soll wieder vermehrt ins Bewusstsein der Bauherren gebracht werden. Holz ist mehr als nur heimelig. Beilage

## TAGESSCHAU

### Tourismus im Unterland

MAUREN: Der Tourismus wirke sich positiv auf die verschiedensten Wirtschaftszweige aus. Er helfe mit, Arbeitsplätze zu sichern und auszubauen, hiess es anlässlich der diesjährigen Generalversammlung des Verkehrsvereines Liechtensteiner Unterland in Mauren. Seite 2

### EURO-Diskussion

VADUZ: In nur 22 Monaten, am 1. Januar 1999, soll der Euro die nationalen europäischen Währungen in mehreren Staaten der Europäischen Gemeinschaft ablösen. Nach einigen Monaten relativer Ruhe hat die Diskussion um die europäische Währungsunion in den letzten Wochen spürbar an Intensität gewonnen, heisst es im neuesten Anlagebrief der Verwaltung und Privatbank Vaduz. Seite 9

### Gerg holt Super-G-Cup

VAIL: Im Super-G der Frauen einen dreifachen deutschen Sieg: Seizinger vor Gerg und Ertl. Gerg gewann zudem den Super-G-Weltcup. Seite 11

### Chaos in Albanien

TIRANA: In Albanien ist gestern offenbar endgültig die öffentliche Ordnung zusammengebrochen. Die Regierung wandte sich an den Weltrechtsrat in New York mit der Bitte um eine Dringlichkeitssitzung, was von Italien unterstützt wurde. Der Aufstand, der im Süden ausgebrochen war, erfasste alle Landesteile. Mindestens 18 Menschen wurden Medienberichten zufolge getötet und 50 verletzt. Seite 19

# Monarchie und Demokratie

Verfassungsfragen standen im Mittelpunkt der Thronrede von Fürst Hans-Adam II. zur Landtagseröffnung



FBPL-Fraktionsprecher Gebhard Hoch leistet vor S.D. Fürst Hans-Adam von und zu Liechtenstein den Eid als Abgeordneter (Bilder: Brigitt Risch)

**Fürst Hans-Adam II. widmete die Thronrede zur Eröffnung des Landtags ausschliesslich der laufenden Verfassungsdiskussion. Den Verfassungsvorschlägen der Verfassungskommission des Landtags und der Freien Liste, die eine Beschneidung der Vorrechte des Staatsoberhauptes beinhalten, erteilte er eine Absage. Alterspräsident Klaus Wanger (FBPL) befasste sich in seiner Ansprache mit der neuen politischen Situation sowie mit wirtschaftspolitischen Fragen.**

Die aktuelle politische Situation Liechtensteins mit dem Ende der seit 1938 bestehenden Koalition zwischen Fortschrittlicher Bürgerpartei in Liechtenstein (FBPL) und Vaterländischer Union (VU) streifte Fürst Hans-Adam II. nur in seinem Einleitungssatz zur Thronrede, indem er ausführte, das Ende der grossen Koalition bedeute für Landtag, Regierung und die Parteien eine neue Herausforderung.

### Stellung der Monarchie

Bei der Verfassungsfrage, die auch dieses Jahr im Zentrum der Thronrede stand, geht es für Fürst Hans-Adam II. um die Frage nach der zukünftigen Stellung der Monarchie in Liechtenstein. Sowohl dem Verfassungsmodell der Freien Liste, das die Funktion des Fürsten auf Repräsentationspflichten beschränken möchte, als auch den Vorstellungen der Verfassungskommission des Landtags erteilte er eine klare Absage. In der vorgeschlagenen Eingrenzung gewisser Vorrechte des Staatsoberhauptes, wie etwa beim bisher unbeschränkten Notverordnungsrecht, sieht Fürst Hans-Adam II. eine bewusste Schwächung der Monarchie. Für den Landtag stelle es wohl keine Überraschung dar, erklärte er, dass das Fürstenhaus weder beim Vorschlag der Freien Liste noch beim Modell der Verfassungskommission

das Staatsoberhaupt stellen werde. Auch mit der Vorstellung des Parlaments, das Volk über das Verfassungsmodell des Landtags abstimmen zu lassen, kann sich der Monarch nicht abfinden: Der Landtag müsse vorher die Frage beantworten, wer denn in Zukunft in diesem Land das Staatsoberhaupt stellen soll.

### Vorwurf des Verfassungsbruchs

Veränderungen in der Verfassung erachtet Fürst Hans-Adam II. aber dennoch für notwendig, denn für ein Festhalten an einer unveränderten Verfassung fehle die politische Grundlage. Monarchie und Demokratie sind für ihn keine Gegensätze, doch wenn am bisherigen Verfassungsmodell festgehalten werde, biete sich den versteckten und offenen Feinden der Monarchie eine Angriffsfläche. Darüberhinaus biete das Festhalten den Gegnern der Monarchie und des demokratischen Rechtsstaates ein willkommener Vorwand, sich über die bestehende Verfassung hinwegzusetzen und damit sowohl die Monarchie als auch den demokratischen Rechtsstaat zu gefährden. Das Staatsoberhaupt rügte in diesem Zusammenhang die Arbeit der Ver-

fassungskommission, die sich zu sehr mit einzelnen Paragraphen auseinandergesetzt und zu wenig verfassungsphilosophische Grundlagen diskutiert habe.

Der Landtag muss sich nach Auffassung von Fürst Hans-Adam II. im Rahmen der geplanten Verfassungsänderung auch die Frage stellen: «Welche Monarchie wird gewünscht?» In diesem Zusammenhang erklärte er seine Unnachgiebigkeit in bezug auf die Autonomie und das Hausgesetz des Fürstenhauses. Politiker, die damit nicht einverstanden seien, betonte er mit Nachdruck, müssten sich mit der politischen Realität abfinden: «Das Fürstenhaus hatte seine Autonomie und sein Hausgesetz, lange bevor es hier das Staatsoberhaupt gestellt hat, und wird diese weiterhin bewahren, selbst wenn es nicht mehr das Staatsoberhaupt stellt.

Es ist deshalb eine Illusion zu glauben, dass das Fürstenhaus in diesem Punkt nachgeben wird.» In einem Nebensatz fügte er noch bei, dass die «Mehrheit des liechtensteinischen Volkes» wünsche, dass Fürst und Fürstenhaus ihre politische Unabhängigkeit behalten sollten. Überdies gab er

pointiert zu verstehen, dass die Fürsten ihre Macht bisher weder missbraucht noch sich über die Verfassung hinweggesetzt hätten, was man «leider nicht von allen Politikern behaupten kann, die in den letzten Jahrzehnten politische Verantwortung getragen haben.»

### Neue Politik und Wirtschaft

Klaus Wanger (FBPL) äusserte sich in seiner Ansprache als Alterspräsident zu Fragen der politischen Veränderungen mit der Oppositionsrolle der FBPL sowie mit wirtschaftspolitischen Fragen. «Die Fortschrittliche Bürgerpartei in Liechtenstein als Opposition im Landtag», erklärte er. «repräsentiert mit ihren 10 Abgeordneten im Gegensatz zur Freien Liste ein politisches Gegengewicht zur Mehrheitspartei, da ohne die Abgeordneten der Fortschrittlichen Bürgerpartei in Liechtenstein gemäss der Quorumsregelung des Art. 58 der Verfassung der Landtag nicht beschlussfähig ist.»

Er gab sich überzeugt, dass er persönlich die Oppositionsrolle der Bürgerpartei in einer konstruktiven und sachbezogenen Auseinandersetzung mit der Mehrheitspartei auf Parlamentebene sehe: «Ich bin überzeugt, dass der faire Wettbewerb der besseren Argumente und Lösungsvorschläge die Parlamentsarbeit aufwertet und die Demokratie in unserem Lande stärkt.»

In seinem zweiten Teil ging der FBPL-Abgeordnete auf die Globalisierung der Wirtschaft ein, die in naher Zukunft auch die liechtensteinische Exportwirtschaft herausfordern werde. Die attraktiven Rahmenbedingungen Liechtensteins betrachte er als grosse Chance, führte Klaus Wanger weiter aus und fügte hinzu: «Eine massvolle Erweiterung und Diversifikation des Produktionsstandortes Liechtensteins ist heute nach meiner Ansicht dringend notwendig und würde mittel- und langfristig die liechtensteinische Wirtschaft stärken.» Günther Meier



Alterspräsident Klaus Wanger im Gespräch mit Fürst Hans-Adam II.

REKLAME

Wir wollen, dass Sie sich wohlfühlen.

FELDKIRCH  
Die Groß- und Kleinstadt

Jetzt kommt unser Kind

Treffpunkt Feldkirch

Das Ausstattungs- und Jugendhaus der Jugend

Baby Junior KG  
Feldkirch am Marktplatz

ab 1000.- ATS 20% Mehrwertsteuererückvergütung